

## **Unabhängige GewerkschafterInnen zur Regierungsklausur: Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst – JETZT!**

### **Utl. Nicht nur Bundeskanzler Faymann hat Null Bock auf Nulllohnrunde.**

Die UGöd vertritt öffentlich Bedienstete und KollegInnen ausgegliederter Betriebe. Sie vertritt KollegInnen in Niedriglohngruppen ebenso wie KollegInnen mit mittleren und höheren Bezügen, prekär Beschäftigte und BeamtInnen, Vertragsbedienstete und nach Kollektivvertrag Bezahlte. Sie alle verdienen die Hälfte, ein Drittel und weniger als die Angeordneten und Minister, die die ihnen 2013 eine Nulllohnrunde verordnen wollen.

Die Vorsitzenden der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdGkmsfb) haben bereits im Frühjahr einer Nulllohnrunde zugestimmt. Ohne Befragung der Mitglieder, denen damit Reallohnkürzungen verordnet werden. In der GÖD gab und gibt es dazu keine Zustimmung der für Gehaltsabschlüsse zuständigen Bundeskonferenz (Zentralvorstand), den der GÖD-Vorsitzende und 2. Nationalratspräsident Kollege Neugebauer hat sie bis heute nicht einberufen. An den Dienststellen und in den Betrieben wächst die Unzufriedenheit über die auf höchster Ebene paktierte Reallohnkürzung (1) und ihre nachhaltigen Folgewirkungen.

### **Zwt.: Unabhängige GewerkschafterInnen fordern 2,7% Inflationsabgeltung, mindestens 70 Euro für den öffentlichen Dienst**

Werner Faymann hat am 6.11. dem KURIER erklärt, dass er 2013 „keine weitere Nulllohnrunde für Politiker“ will, auch Bürgermeister sollen mehr bekommen, es gehe da um Respekt und um Anerkennung von Verantwortung und Leistung. Auch den Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD geht es um Respekt und um Anerkennung von Verantwortung und Leistungen, die öffentlich Bedienstete im Sozial- und Bildungsbereich, in Forschung und Lehre, im Gesundheits- und Justizwesen, in Verwaltung oder Exekutive tagtäglich erbringen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sie auf Grund von fortgesetzten Personaleinsparungen und einigen Nulllohnrunden immer mehr Arbeit für immer weniger Geld leisten.

Anders als der Bundeskanzler und sein Vize fordert die UGöd nicht nur eine Prozenthöhung (2,7% zur vollen Abgeltung der prognostizierten Inflation 2012, Quelle: [www.statistik.at](http://www.statistik.at)), sondern auch einen Mindestbetrag von 70 Euro für alle öffentlich Bediensteten und Ausgegliederte. KollegInnen mit Einkommen unter 2500 €, die von der Teuerung besonders hart getroffen werden, sollen mehr als 2,8% bekommen. Der viele KollegInnen überfordernden Aufnahmestopps, der die Qualität öffentlicher Dienste auf Dauer gefährdet, muss beendet werden: Arbeitsplätze schaffen, Burn out verhindern.

Von der Regierungsklausur am kommenden Freitag, den 9.11.2012, in Laxenburg erwarten die Unabhängigen GewerkschafterInnen für den öffentlichen Dienst und die ausgegliederten Betriebe:  
**GEHALTSVERHANDLUNGEN JETZT!  
SCHLUSS MIT DEM AUFNAHMESTOPP!**

(1) Zum Nachrechnen, wieviel eine/n eine Nulllohnrunde kostet, der ÖGB/AK-Link zum Nulllohnrundenrechner [www.nulllohnrunde.at](http://www.nulllohnrunde.at)

Rückfragehinweis:

UGöd-Vorsitzteam: Beate Neunteufel-Zechner/0681 20 90 30 59, Reinhart Sellner/0676 34 37 521  
<http://www.ug-oegb.at/ugoed/>  
[nullbock@ug-oegb.at](mailto:nullbock@ug-oegb.at)

## Anhang 1

OTS0111 / **13.03.2012** / 11:22 /

Channel: [Wirtschaft](#) / Aussender: [UG - Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB](#)

Stichworte: [Aufnahmestopp](#) / [Budget](#) / [Nulllohnrunde](#) / [UGÖD](#) / [Öffentlicher Dienst](#)

**Unabhängige GewerkschafterInnen lehnen "Beamten-sparpaket" ab**

**UGöd fordert Gehaltsverhandlungen 2013 und 2014 auch für den öffentlichen Dienst**

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen sehen in dem von Kanzler Faymann und seinem Vizekanzler Spindelegger vorgelegten Sparpaket eine vorläufige Absichtserklärung. Noch sind die geplanten Gesetze nicht beschlossen.

- Die UGöd fordert auch 2013 und 2014 Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst und die ausgegliederten Betriebe und die volle Abgeltung der Teuerung insbesondere für die KollegInnen der Niedriglohngruppen, unter ihnen viele Frauen und junge, prekär Beschäftigte, die trotz bestehenden Bedarfs derzeit ohne Chance auf Weiterbeschäftigung und dauerhafte Anstellung sind.

- Die UGöd fordert die Rücknahme des geplanten Aufnahmestopps.

- Die UGöd fordert die GÖD auf, endlich gemeinsam mit AK und ÖGB Druck für Vermögenssteuern, inklusive einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer zu machen - zur "verursachungsgerechten" Budgetkonsolidierung, zur Finanzierung öffentlicher und sozialer Dienste, sowie für Bildungsreformen.

## Anhang 2

KURIER, Printausgabe 6.11.2012

### **Polit-Gagen: Kanzler gegen Nulllohnrunde**

*Keine Nulllohnrunde: „Wir sollten mit Herunterlizitieren des eigenen Gehaltes aufhören“, mahnt Faymann.*

*Für Werner Faymann geht es um den Respekt – vor sich selbst, aber auch vor der Aufgabe, die man überantwortet*

*bekommen hat. "Wir sollten mit dem Herunterlizitieren des eigenen Gehaltes aufhören. Denn am Ende steigen nur noch Milliardäre in die Politik ein", sagte der Kanzler gestern gegenüber dem KURIER zur laufenden Debatte um Politiker-Gagen.*

*Seit Freitag wird diskutiert, ob die Gehälter der heimischen Verantwortungsträger im nächsten Jahr nach Vorbild der Pensionen um 1,8 Prozent angehoben werden sollen. Der SPÖ-Chef bejaht das: "Ich halte das für gerechtfertigt, warte aber noch die Gespräche mit dem Koalitionspartner ab", so Faymann zum KURIER.*

## Anhang 3

### **Inflationsrate im September auf 2,7 %**

Im September 2012 kletterte die Inflationsrate in Österreich auf 2,7 Prozent, nachdem es in den Monaten Juli und August 2,1 bzw. 2,2 Prozent gab. Der deutliche Anstieg ist vor allem durch den Anstieg der Preise bei den Themen Wohnung und Verkehr entstanden. Interessant ist, dass die Teuerung zwar auch bei den Pensionistenhaushalten festzustellen war, aber mit 2,7 Prozent gab es diesmal den gleichen Wert wie für die allgemeine Preisentwicklung.

Um durchschnittlich drei Prozent stieg die Ausgabengruppe "Wohnung, Wasser, Energie" an, wobei dies sowohl die Energie betraf als auch die Mieten. Die Mieten stiegen im Durchschnitt um 3,6 Prozent im Vergleich zum September 2011, die Energie um 3,8 Prozent. Besonders das Heizöl verteuerte sich mit 11,6 Prozent stark, auch Strom mit 1,8 und Gas mit 3,2 Prozent verteuerten sich.

Die Ausgabengruppe Verkehr verteuerte sich um durchschnittlich 3,3 Prozent, wobei der Preisanstieg bei den Treibstoffen wieder ein stärkeres Thema war als in den letzten Monaten. Durchschnittlich waren die Treibstoffe um 9,3 Prozent teurer als im September 2011, was auch mit dem hohen Ölpreis zu tun hat.

Auch bei der Ausgabengruppe "Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" gab es deutliche Preissteigerungen. Gemüse wurde um 10,2 Prozent teurer, Fleisch um 6 Prozent, Obst hingegen wurde um 4,5 Prozent günstiger verkauft als im September 2011. Bei den alkoholfreien Getränken stieg der Preis für Kaffee um 7,6 Prozent.

<http://www.statistik.at>

[wissenswertes.at / 16. Oktober 2012]